

Basel, 25. Januar 2012

Medienmitteilung

vpod ist enttäuscht über die Ja-Parole der SP-Delegiertenversammlung zur Auslagerung der Baselbieter Spitäler

Mit einer knappen Mehrheit hat die Delegiertenversammlung der SP-Baselland die Ja-Parole zum Spitalgesetz beschlossen, über welches am 11. März abgestimmt wird. Das Spitalgesetz beinhaltet die an sich sinnvolle Zusammenführung der drei Akutspitäler unter ein Dach mit einer Leitung, aber es bedeutet auch die riskante Auslagerung der Spitäler, welche der vpod ablehnt.

Die Auslagerung wird begründet mit dem notwendigen Handlungsspielraum, den die Spitäler brauchen für das Bestehen im Wettbewerb durch die neue Spitalfinanzierung (Fallpauschalen). Mit den Fallpauschalen wird trotz dem mehrfachen Versagen neoliberaler Rezepte nun auch die Gesundheitsversorgung der Profit- und Marktlogik unterworfen. Der Bund schreibt zwar die Fallpauschalen vor, nicht aber die Auslagerung. Längst nicht alle Spitäler in der Schweiz werden ausgelagert. Den notwendigen Handlungsspielraum für den aufgezwungenen Wettbewerb könnten die Spitäler mit einem eigenen Rechnungskreis gewinnen.

Mit der Auslagerung gibt der Kanton jede Möglichkeit einer regionalen Spitalplanung aus der Hand und delegiert die ganze Verantwortung an einen Verwaltungsrat und dessen CEO. Sie werden im Wettbewerb mit den Privatspitälern die eigenen Betriebsergebnisse im Auge haben, und nicht die regionale Gesundheitsversorgung. Der Kanton hat nach der Auslagerung nichts mehr zu sagen, wird aber für allfällige Defizite aufkommen müssen, denn er hat den Verfassungsauftrag, öffentliche Spitäler zu führen und die Gesundheitsversorgung sicherzustellen. Ob sich die SteuerzahlerInnen diesen Demokratieabbau bei einer öffentlichen Kernaufgabe gefallen lassen, wird die Abstimmung zeigen.

Für die Anstellungsbedingungen sieht das Spitalgesetz einen Gesamtarbeitsvertrag vor ohne jeden Bezug auf das kantonale Personalrecht. Ohne eine rechtliche Absicherung werden die Anstellungsbedingungen dem Druck des Wettbewerbs dereguliert werden. Das Gesetz sieht zudem die Überführung einzelner Bereiche „in rechtlich eigenständige Einheiten“ vor. Das bedeutet im Klartext die mögliche Privatisierung der Reinigung, der Labors, der Hotellerie, der Therapien usw., womit grosse Berufsgruppen mit massiv schlechteren Anstellungsbedingungen rechnen müssen. Darunter wird das Personal leiden, aber auch die Patientinnen und Patienten. Qualität in den Spitälern und professionelle Pflege erfordern genug Personal und gute Anstellungsbedingungen. Das ist nach der Auslagerung mit diesem Spitalgesetz nicht mehr garantiert.

Dass die Mehrheit der SP-Delegierten im Baselbiet den massiven Demokratieabbau bei einer der wichtigsten öffentlichen Aufgaben in Kauf nimmt und die 4500 Spitalmitarbeitenden im Regen stehen lässt, ist für den vpod schwer nachvollziehbar.

Für weitere Auskünfte:

Urs Müller, Präsident vpod region basel, 079 507 46 88

Marianne Meyer Lorenceau, vpod-Regionalsekretärin, 079 506 28 42